



öffentlich

Betreff:

Fremdenverkehrsabgabe

Einreicher: Fraktion BürgerBündnis

Erstellungsdatum 08.01.2013

Eingang 902: 07.01.2013

Beratungsfolge:		
Datum der Sitzung	Gremium	Zuständigkeit
30.01.2013	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Erarbeitung einer Satzung einzustellen.

gez. U. Bankwitz
Fraktionsvorsitzende

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> erledigt		<input type="checkbox"/> abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

In dem Abstimmungs- und Informationsgespräch bezüglich Fremdenverkehrsabgabe am 17.12.2012 wurde ausgeführt, dass für die Vereinnahmung der Abgabe auch Museen, der VIP, das Hans-Otto-Theater und die Schlösserstiftung mit herangezogen werden müssten. Desweiteren gebe es einen zusätzlichen enormen Verwaltungsaufwand von mindestens 4 Mitarbeitern. Außerdem wurde mitgeteilt, dass der zusätzliche Verwaltungsaufwand nicht aus der Abgabe refinanziert werden kann, sondern aus dem städtischen Haushalt aufzubringen ist.

Mit der Zahlung der Gewerbe- und Einkommenssteuer leisten die Unternehmen in Potsdam ihren steuerlichen Beitrag und haben damit zum unerwarteten Überschuss von zehn Millionen Euro der Landeshauptstadt beigetragen.